

Pressemitteilung

Berlin, 20.01.2017



Christliche Krankenhäuser
in Deutschland

Zukunftsweisend menschlich.

Christliche Krankenhausverbände: Schleppenden Kurs bei generalistischer Pflegeberufereform beenden

Die beiden christlichen Krankenhausverbände, der Katholische Krankenhausverband Deutschlands (kkvd) und der Deutsche Evangelische Krankenhausverband (DEKV), fordern anlässlich des heute beginnenden Berliner Pflegekongresses die zügige Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung. Das erklärte Ziel der Zusammenlegung von Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege, den Pflegeberuf attraktiver und durchlässiger zu gestalten, dürfe nicht aus den Augen gelassen werden. Die Bundesregierung habe mit dem Gesetzesentwurf zur Pflegeberufereform bereits einen guten Aufschlag gemacht, diesen gelte es nun qualitätsbewusst und nachhaltig umzusetzen. Angesichts des Anstiegs der Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland aktuellen Erhebungen zufolge auf knapp drei Millionen im Jahr 2015 habe es nun oberste Priorität, zukünftigen Auszubildenden, die für den Beruf geeignet sind und sich für die Pflege interessieren, attraktive Perspektiven zu bieten und die Reform zügig umzusetzen.

„Das Pflegeberufereformgesetz darf nicht auf den Aspekt der Generalistik verkürzt werden. Klare und praxistaugliche Ausbildungsziele sowie die Vorbehaltstätigkeiten, wie sie im Gesetzesentwurf vorgesehen sind, müssen umgesetzt werden“, sagt Christoph Radbruch, Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes (DEKV). Im Sinne eines zukunftsfähigen Berufsbildes müsse dabei die Qualität der Ausbildung höchste Priorität haben. „Die Ausbildung in der Pflege wird mit aussichtsreichen beruflichen Perspektiven attraktiver werden. Gut qualifizierte Absolventen sowie solide Fort- und Weiterbildungen sind ein Garant dafür, dass wir zukünftig die Anforderungen in unseren Einrichtungen bewältigen können.“

„Es ist höchste Zeit für ein Reset in der Pflegeausbildung“, sagte der stellvertretende kkvd-Vorsitzende Ingo Morell. Der Pflegealltag sei heute durch eine stärkere Vermischung von Tätigkeiten im Bereich der Altenpflege und der Gesundheits- und Krankenpflege gekennzeichnet. „In den Akutkrankenhäusern müssen zunehmend auch multimorbide und demenzkranke Patienten betreut werden. Aufgrund kürzerer Verweildauern in den Krankenhäusern sind Altenpfleger in ihren Einrichtungen umgekehrt gefordert, beispielsweise auch die aufwändige Wundversorgung zu beherrschen.“ Die Implementierung eines neuen Berufsbildes sei

Ihre Ansprechpartner:

Anja Södler, DEKV
Pressesprecherin
E-Mail: presse@dekv.de
Mobil: 0173. 52 20 133

Kirsten B. Schröter, KKVD
Pressesprecherin und Strategische
Kommunikation
E-Mail: kirsten.schroeter@caritas.de
Mobil: 0175. 22 97 478

DEKV Deutscher Evangelischer Krankenhausverband e.V.

Invalidenstraße 29 | 10115 Berlin
Telefon: 030. 80 19 86 – 0
Fax: 030. 80 19 86 – 22
E-Mail: info@dekv.de
www.dekv.de

KKVD Katholischer Krankenhausverband Deutschlands e.V.

Reinhardtstraße 13 | 10117 Berlin
Telefon: 030. 28 44 47 30
Fax: 0761. 200 – 609
E-Mail: kkvd@caritas.de
www.kkvd.de



Unter dem Label Christliche Krankenhäuser in Deutschland (CKiD) vertreten der Deutsche Evangelische Krankenhausverband (DEKV) und der Katholische Krankenhausverband Deutschlands (KKVD) rund 640 Krankenhäuser und Kliniken. Jedes dritte deutsche Krankenhaus wird in konfessioneller Trägerschaft geführt. Rund 270.000 Beschäftigte versorgen im Jahr über sechs Millionen Patienten. Mit rund 32.000 Ausbildungsplätzen leisten die christlichen Krankenhäuser einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Ausbildung in den Pflegeberufen.

Christliche Krankenhäuser in Deutschland
www.christliche-krankenhaeuser.de

Pressemitteilung

Seite 2 von 2



Christliche Krankenhäuser
in Deutschland

Zukunftsweisend menschlich.

der richtige Weg, um dieser Entwicklung zu begegnen, wie Modellversuche in der Praxis zeigten, so Morell.

Die christlichen Krankenhausverbände sprechen sich dafür aus, dass Partikularinteressen nicht über die berufliche Zukunft von jungen, motivierten Leuten gestellt werden dürften. Entsprechende Fehlentscheidungen würden der Pflegepolitik in einigen Jahren sonst umso gravierender auf die Füße fallen.